



Tübingen  
Universitätsstadt

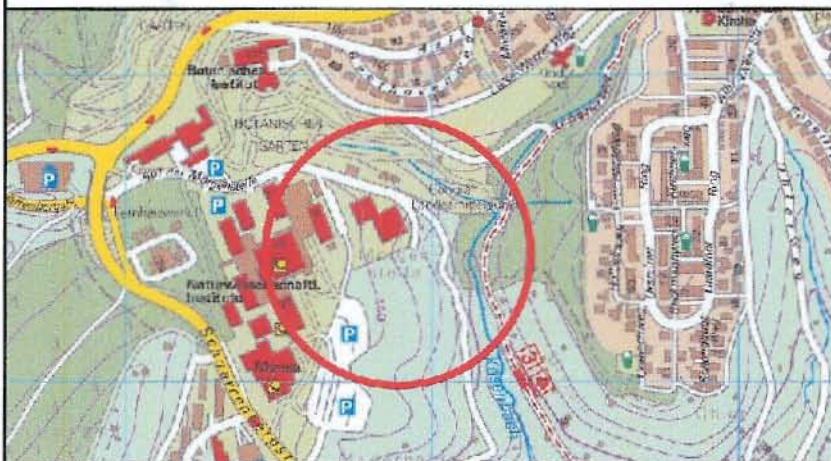
Bebauungsplan

## "Campus Morgenstelle Teil I"

Plan Nr.: 472

Tübingen, 08.12.2008

Fachbereich  
Planen Entwickeln  
Liegenschaften



Ulla Schreiber  
Baubürgermeisterin

Tim von Winning  
Fachbereich  
Planen Entwickeln Liegenschaften

# Textliche Festsetzungen

Die innerhalb des Geltungsbereiches dieser Bebauungspläne bestehenden bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften werden durch diesen Bebauungsplan "Campus Morgenstelle, Teil 1" überlagert und in dessen Geltungsbereich für unanwendbar erklärt. Ausgenommen davon bleibt die Berechnungsgrundlage der Grundflächenzahl im Bebauungsplan "Morgenstelle nordöstlicher Teil" sowie im Bebauungsplan "Oberer Schnarrenberg - Morgenstelle". Durch die Überlagerung der bestehenden Bebauungspläne verkleinern sich zwar deren Geltungsbereiche, für die Berechnung der Grundflächenzahl in den überlagerten Bebauungsplänen gilt der jeweilige Geltungsbereich aber unverändert weiter.

## I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Aufgrund von § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) und § 213 BauGB i. d. F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) i. V. m. den §§ 1 ff. der Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) i. V. mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.02.2006 (GBl. S. 20) werden folgende bauplanungsrechtliche Festsetzungen getroffen:

### 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 9 Abs. 2 BauGB, §§ 1 ff. BauNVO)

- (1) Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als "Sondergebiet Universität" (SO 1 und SO 2) ausgewiesen.
- (2) Zulässig sind im Baufenster 1 (BF 1) Institute der Universität und den Instituten der Universität zugeordnete Nebenanlagen, im Baufenster 2 (BF 2) den Instituten der Universität dienende Anlagen. Im Baufenster 1 und 2 ist auch die gewerbliche Solarnutzung von Dächern zulässig.
- (3) Wohnungen sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes unzulässig. Ausnahmsweise können Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen zugelassen werden.

### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 9 Abs. 3 BauGB, §§ 16 ff. BauNVO)

- (1) Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) und die max. Gebäudehöhe (GH) in m ü. NN bestimmt. Maßgebend sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes. Bezugsgröße für die GRZ im BF 1 ist die SO 1 Fläche westlich der privaten Verkehrsfläche, für die GRZ im BF 2 ist die SO 2 Fläche östlich der privaten Verkehrsfläche die Bezugsgröße.
- (2) Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Überschreitungsmöglichkeit des § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO nicht anzuwenden.
- (3) Oberer Bezugspunkt für die max. Gebäudehöhe ist bei Flachdächern die Attika (oberste Gebäudekante) und bei Pultdächern der obere Dachabschluss.
- (4) Die max. Gebäudehöhe der Flachdachbauten im Baufenster 1 darf ausnahmsweise mit Solaranlagen, Aufzugsschächten, Antennen, Schornsteinen und Brüstungselementen um max. 1,20 m überschritten werden.

### 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)

Entsprechend dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes werden folgende Bauweisen festgesetzt:

#### 1. Baufenster 1 (BF 1):

- Für das Baufenster 1 wird folgende abweichende Bauweise (a1) festgesetzt: Offen, jedoch mit Baukörperlängen bis max. 105 m zulässig.

## 2. Baufenster 2 (BF 2):

- Für das Baufenster 2 wird folgende abweichende Bauweise (a2) festgesetzt: Offen, jedoch mit Baukörperlängen bis max. 55 m.
  - Die seitlichen Abstände zwischen Gebäuden müssen mindestens 4,5 m betragen. Untergeordnete Verbindungsgänge zwischen Gebäuden sind in den Abstandsflächen ausnahmsweise zulässig.

## 4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Platz- und Grünanlagen,
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampenanlagen,
  - Stützmauern,
  - Fahrradabstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5,
  - Werbeanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 4,Folgende Ausnahmen können zugelassen werden, sofern keine städtebaulichen Aspekte dagegen stehen:
  - ausnahmsweise auf der mit PFG 1 gekennzeichneten Fläche Spiel- und Sportanlagen und geringfügige bauliche Anlagen wie insbesondere Kiosk, Infopavillon, Pergolen,
  - unterirdische Anlagen für die Speicherung von Niederschlagswasser,
  - ausnahmsweise unterirdische max. 5 m breite Tunnelbauwerke einschließlich notwendiger Entrauchungsschächte,
  - ausnahmsweise unterirdische Montageöffnungen und Lichtschächte,
  - ausnahmsweise Tankanlagen für die Energieversorgung.
- (3) Der im zeichnerischen Teil gekennzeichnete bestehende unterirdische strahlungsarme Messraum im nördlichen Teil des Geltungsbereiches besitzt Bestandsschutz. Erneuerungen sowie ausnahmsweise Erweiterungen und Änderungen sind gemäß § 1 Abs. 10 BauNVO zulässig.

## 5. Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 BauNVO)

Stellplätze für KFZ sind nur innerhalb der im zeichnerischen Teil hierfür ausgewiesenen Flächen (St) und im Baufenster 1 zulässig.

## 6. Flächen für Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Flach- und Pultdächer sind zu mindestens 70 % ihrer Fläche mit einem Mindestgesamtaufbau von 10 cm mindestens extensiv zu begrünen. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten. Von der Dachbegrünung ausgenommen sind Dachflächen unter 3 m Breite sowie Glasdächer.

## 7. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die Maßnahmen gemäß Nr. 8 der planungsrechtlichen Festsetzungen (Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft) sind auf der privaten Grünfläche durchzuführen.

## 8. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, § 9 Abs. 1 a BauGB)

Folgende Ausgleichsmaßnahmen sind in der privaten Grünfläche entsprechend den Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes durchzuführen:

### Maßnahme 1: Nutzungsänderung

Für die mit M1 gekennzeichnete Fläche ist über eine Änderung des Pachtvertrags für das bestehende Gartengrundstück die Nutzung als Streuobstwiese wieder herzustellen.

### **Maßnahme 2 (M2\_1 und M2\_2): Gehölzbestände**

In der mit M 2\_1 gekennzeichneten Fläche ist das Schlehen-Liguster-Gebüsch, in der mit M 2\_2 gekennzeichneten Fläche ist der Sukzessionswald zu erhalten und über geeignete Pflegemaßnahmen wie die Auslichtung des Unterholzes und die Entfernung von Zitterpappeln weiter zu entwickeln.

### **Maßnahme 3\_1, 3\_2 und 4: Wiesenflächen und Streuobstbestände**

Die mit M 3\_1, M3\_2 und M 4 gekennzeichneten Wiesenflächen und Streuobstbestände sind zu erhalten und über geeignete Pflegemaßnahmen wie der einmaligen Entfernung von Pappeljungwuchs und Gehölzaufwuchs und einer jährlichen Mahd und Beweidung über drei Jahre hinweg weiter zu entwickeln. Pro 100 qm Wiesenfläche ist ein Obstbaum alter Sorte neu zu pflanzen.

## **9. Emissionsschutz (§9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)**

- (1) Gebäudeseiten im Baufenster 2 mit Ausrichtung zum Käsenbachtal sind an den Fassaden- und Dachteilen, von denen in den Nachtstunden eine Blendwirkung auf das Käsenbachtal ausgehen kann, mit entsprechenden Schutzeinrichtungen wie Jalousien, Rollläden, Verdunkelungseinrichtungen o.ä. zu versehen.
- (2) Bei Glasdächern und Glasfassaden im Baufenster 2 darf die Lichtemission durch bauliche Anlagen in der Regel im Mittel 16 Std./Tag nicht überschreiten.

## **10. Pflanzgebote (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)**

### **Pflanzgebot 1:**

Mindestens 10% der mit PFG 1 gekennzeichneten Fläche sind als Pflanzfläche anzulegen und dauerhaft zu pflegen und zu unterhalten. Dabei gilt als Umrechnungsfaktor bei Baumpflanzungen auf einer Platzfläche für einen großkronigen Baum ein Flächenanteil von 300 qm.

## **11. Ordnungswidrigkeiten (§ 213 BauGB)**

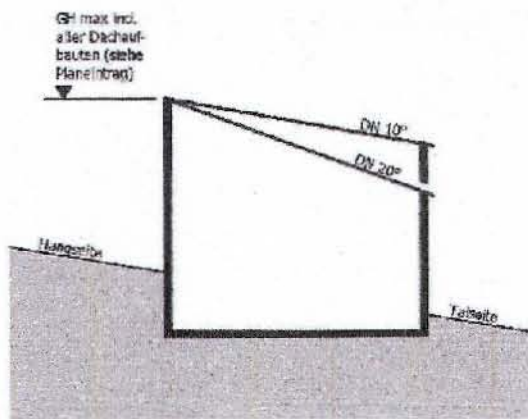
Ordnungswidrig handelt, wer einer in einem Bebauungsplan nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b BauGB festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern dadurch zuwiderhandelt, dass diese beseitigt, wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden.

## **II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN**

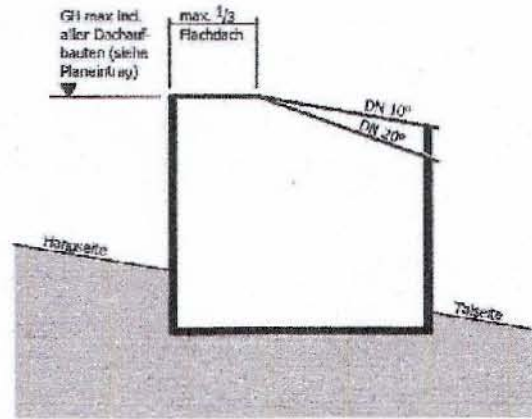
Aufgrund § 74 und § 75 der Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg i. d. F. vom 08.08.1995 (GBl. S. 617), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25.04.2007 (GBl. S. 252) i. V. mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.02.2006 (GBl. S. 20) werden folgende örtliche Bauvorschriften zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellt:

### **1. Dachgestaltung**

- (1) Für die Dachformen und die Dachneigung sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes maßgebend. Im Baufenster 2 sind neben den nach Nr. 6 der planungsrechtlichen Festsetzungen festgesetzten Gründächern auch Glasdächer zulässig.
- (2) Im Baufenster 2 sind die den Instituten dienenden Anlagen mit einer dem natürlichen Hang folgenden Dachneigung auszuführen. Es sind auch Flachdächer in Teilbereichen zulässig, wenn diese entsprechend dem nachfolgenden Schemaschnitt ausgeführt werden. Dachaufbauten, die die maximale Gebäudehöhe überschreiten, sind im Baufenster 2 unzulässig.



SYSTEMSCHNITT PULTDACH



SYSTEMSCHNITT MIT TEILBEREICH FLACHDACH

- (3) Die am untersten Hangbereich im Baufenster 2 gelegenen Gebäude (vgl. Kennzeichnung im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes) sind vollständig mit intensiver Dachbegrünung als Wiese mit mindestens 30 cm zu begrünen und dauerhaft zu unterhalten.

## 2. Fassadengestaltung

- (1) Grelle und fluoreszierende Materialien und Farben dürfen nicht verwendet werden.
- (2) Im Baufenster 2 sind Anlagen mit den gleichen baulichen Merkmalen hinsichtlich Gestaltung, Material und Farbe auszuführen
- (3) Großflächige Reflektionen sind mit Ausnahme von Fensterflächen unzulässig.

## 3. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht als private Grünfläche, Stellplatzfläche oder mit einem Pflanzgebot ausgewiesen sind oder mit Anlagen nach Nr. 4 (2) der planungsrechtlichen Festsetzungen belegt sind, sind als Wiesenflächen anzulegen und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Pro 500 qm Fläche ist ein großkroniger standortgerechter Baum, heimischer Art zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.

## 4. Werbeanlagen

- (1) Werbeanlagen sind auf Dächern und an Fassaden unzulässig.
- (2) Anlagen und Einrichtungen, deren Zweckbestimmung im Anschlag von Plakaten und anderen werbewirksamen Anschlägen liegt, sind nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden, z.B. für Litfaßsäulen sofern städtebauliche Gründe nicht dagegen sprechen.

## 5. Notwendige Fahrradabstellanlagen

Notwendige Fahrradabstellanlagen sind herzustellen. Je 10 Studierende/Beschäftigte sind 1,5 Fahrradabstellplätze vorzusehen.

## 6. Stellplätze

- (1) Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen, z.B.: Fugensteinen, wasserdurchlässigen Betonsteinen, Rasengittersteinen, Schotterrassen, Mineralbeton etc. herzustellen.
- (2) Mindestens alle fünf Stellplätze ist ein standortgerechter, schmalkroniger Baum heimischer Art zu pflanzen. Die Bäume sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Die Pflanzquartiere sind offen anzulegen und müssen eine Mindestgröße von 12 m<sup>2</sup> aufweisen.

## **7. Einfriedungen**

Einfriedungen sind nicht zulässig. Ausgenommen sind Einfriedungen zum Schutz sicherheitsrelevanter Anlagen wie insbesondere Gas- und Öltanks oder Hubanlagen sowie Einfriedungen von Lagerflächen gemäß Nr. 8 der örtlichen Bauvorschriften.

## **8. Aufschüttungen, Abgrabungen, Lagerflächen**

- (1) Aufschüttungen sind nur insoweit zulässig, als sie der Anpassung an bauliche Anlagen dienen.
- (2) Aufschüttungen und Abgrabungen sind innerhalb der privaten Grünfläche nur insoweit zulässig, als sie der Anpassung an die Verkehrsflächen dienen.
- (3) Lagerflächen über 50 qm sind an den Seiten, die nicht von Gebäuden umschlossen sind, mit mindestens 1,50 m hohen Hecken aus standortgerechten Gehölzen heimischer Arten einzugrenzen. Begleitend zu den Heckenpflanzungen sind Zäune zulässig.

## **9. Ordnungswidrigkeiten (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)**

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer örtlichen Bauvorschrift zuwiderhandelt.

## **III. HINWEISE**

### **1. Denkmalschutz**

Sollten im Zuge von Erdarbeiten archäologische Funde (Scherben, Metallteile, Knochen) oder Befunde (Mauern, Gräber, Gruben, Brandschichten) angetroffen werden, ist die Archäologische Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Tübingen unverzüglich zu benachrichtigen. Die Möglichkeit zur Fundbergung und Dokumentation ist einzuräumen (§ 20 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg - DSchG).

### **2. Energiestandard**

Angestrebt wird, den EnEV Standard zu unterschreiten. Die Gebäude werden an das bestehende Fernheizsystem angeschlossen.

### **3. Feuerwehr**

Eine Zufahrt an die Gebäude mit Feuerwehrebewegungsflächen und Feuerwehraufstellflächen muss sichergestellt sein. Die Ausführung hat nach der VwV-Feuerwehrflächen zu erfolgen.

### **4. Löschwasserversorgung**

Die Löschwasserversorgung muss sichergestellt sein.

### **5. Altlasten**

Sollten im Zuge von Erdarbeiten Altlasten angetroffen werden, sind diese fachgerecht zu behandeln und ggf. zu entsorgen.

### **6. Externe Ausgleichsmaßnahme (vgl. Anlage 6 des Umweltberichtes)**

#### **Maßnahme 5: Neuschaffung von Streuobstwiesen**

Innerhalb der in der Anlage 6 des Umweltberichtes gekennzeichneten Fläche M5 auf dem Grundstück Nr. 3053 ist die vorhandene Zwetschenbrache in eine Streuobstwiese zurückzuführen. Dazu sind folgende Einzelmaßnahmen zu ergreifen:

vollständige Rodung und Entfernung der Zwetschgenaustriebe einschließlich der Wurzelstöcke;  
Bodenbearbeitung und Mulchung von Wiesenschnittgut mit autochthonem Saatgut; regelmäßige einmalige jährliche Mahd über mindestens drei Jahre hinweg mit Abtransport des Mähguts sowie zweimalige jährliche Beweidung über mindestens drei Jahre hinweg; Anbringung von Nistmöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse.

#### **Maßnahme 6: Aufwertung vorhandener Streuobstwiesen**

Innerhalb der in der Anlage 6 des Umweltberichtes gekennzeichneten Fläche M6 auf dem Grundstück Nr. 3053 sind die vorhandenen Streuobstwiesen aufzuwerten. Dazu sind folgende Einzelmaßnahmen zu ergreifen: Entfernung von standortfremden Gehölzen sowie von flächigem Brombeergestrüpp; einmaliges Ausmähen und Entbuschen bei Erhalt einzelner Rosensträucher als zusätzliche Strukturelemente; Schnittmaßnahmen am Altbaumbestand zur Erhaltung und Sicherung des vorhandenen Baumbestands bei weitgehender Erhaltung von nicht sicherheitsgefährdendem Totholz; Neupflanzung und Pflege von zusätzlich 30 Obstbäumen; regelmäßige einmalige jährliche Mahd über mindestens drei Jahre hinweg mit Abtransport des Mähguts sowie eine dauerhafte Erhaltung. Außerdem werden Nistmöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse angebracht.

#### **Maßnahme 7: Aufwertung von Trockenmauern**

Südlich und östlich des Weinbergs auf dem Flurstück 3053 sind die vorhandenen Trockenmauern im Bereich der in der Anlage 6 des Umweltberichtes gekennzeichneten Fläche M7 auszubessern und je nach Erfordernis in Teilbereichen auch neu aufzusetzen. Der Umfang der Maßnahme richtet sich nach dem dafür im Umweltbericht genannten Kostenrahmen.

### **7. Bauzeitenregelung**

Die vom "Institut für Umweltstudien" genannten zeitlichen Einschränkungen der Baumaßnahmen im Sinne des Artenschutzes sind zu beachten.

## **VERFAHRENSVERMERKE**

für B-Plan und örtliche Bauvorschriften

### **AUFSTELLUNGSBESCHLUSS**

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 21.07.2008 beschlossen, den Bebauungsplan "Campus Morgenstelle, Teil 1" mit örtlichen Bauvorschriften nach § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) und § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen und ein frühzeitiges Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Der Aufstellungsbeschluss und das frühzeitige Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit wurden am 09.08.2008 ortsüblich bekanntgemacht.

### **FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Planaufgabe in der Zeit vom 11.08.2008 bis einschließlich 12.09.2008. Dabei wurde Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung gegeben.

### **BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE**

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 Abs. 1 BauGB am 06.08.2008 frühzeitig beteiligt.

### **AUSLEGUNGSBESCHLUSS**

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften wurden im Planungsausschuss des Gemeinderats der Universitätsstadt Tübingen am 12.01.2009 als Entwurf gebilligt. Gleichzeitig wurde die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

### **ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG**

Der Entwurf des Bebauungsplanes bestehend aus zeichnerischem Teil und planungsrechtlichen Festsetzungen und der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften wurden mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 08.12.2008 und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Umweltbericht mit Grüngestaltungsplan) nach § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung am 17.01.2009 von 26.01.2009 bis einschließlich 27.01.2009 öffentlich ausgelegt.

### **BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE**

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 Abs. 2 BauGB am 13.01.2009 beteiligt.

### **BEHANDLUNG DER STELLUNGNAHMEN**

Die zum Entwurf des Bebauungsplanes und zum Entwurf der örtlichen Bauvorschriften eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB wurden im Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 20.07.2009 behandelt.

### **SATZUNGSBESCHLUSS**

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 20.07.2009 den Bebauungsplan nach § 10 BauGB und § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen. Maßgebend sind der zeichnerische Teil mit planungsrechtlichen Festsetzungen, die Begründung und der Umweltbericht in der Fassung vom 08.12.2008.

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 20.07.2009 die örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 08.12.2008 nach § 74 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) und § 4 GemO als Satzung beschlossen.

Die ordnungsgemäße Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt:

Tübingen, den 21.07.2009

Bürgermeisteramt  
in Vertretung

Schreiber  
Baubürgermeisterin



#### **AUSFERTIGUNG**

Tübingen, den 21.07.2009

Bürgermeisteramt  
in Vertretung

Schreiber  
Baubürgermeisterin



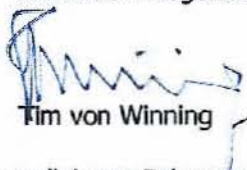
#### **INKRAFTTRETEN**

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes und der Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften wurden nach § 10 Abs. 3 BauGB am 19.12.2009 ortsüblich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurden der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften rechtsverbindlich.

Tübingen, 21.12.2009

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Tim von Winning



Die örtlichen Bauvorschriften wurden parallel zum Bebauungsplan aufgestellt.

Die Übereinstimmung der Planunterlage mit dem Liegenschaftskataster im Sinne von § 1 Abs. 2 Planzeichenverordnung (PlanZVO) wird bescheinigt:

Tübingen, 15.12.2009

Fachabteilung Vermessung



(Aicheler)  
Stadtobervermessungsrat

## Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.